

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen  Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie

21. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Bestellgeld

Berlin, den 14. November 1925

Erscheint vierteljährig Samstags
Einzelnnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 23

Frisch an die Winterarbeit

Der tüchtige Gewerkschaftler soll nimmer ruhen. Auch im Sommer nicht. Doch aus Erfahrung wissen wir, daß mit dem ersten warmen Sonnenschein das Interesse an der Gewerkschaftsarbeit etwas nachläßt. An sich ist das verständlich. Denn der kurze Sommer mit seinen grünen Wäldern und kühlen Seen tut uns allen ja so bitter notwendig. Und wer im Sommer genügend Sonnenstrahlen eingefangen hat, wird sich im Winter um so größere Schaffensfreude bewahren.

Der Winter also ist die Hauptsaison für die Gewerkschaftsarbeit. Für den Anfang aber ist es ungeheuer wichtig, den richtigen Zeitpunkt nicht zu veräumen. Die Lebenslust und Freudigkeit des warmen Sommers ist geschickt auf die gewerkschaftliche Winterarbeit hinüberzuleiten. Ein tüchtiger Vorstand wird seine Vorbereitungen rechtzeitig genug treffen, um nicht erst durch die Langeweile langer Herbst- und Winterabende Mühsamkeit und Unlust an jeglicher Gewerkschaftsarbeit aufkommen zu lassen.

Kollege Kumbügl (Reheim) hat an dieser Stelle kürzlich den Wert und die Notwendigkeit frischblühender Gewerkschaftsarbeit überzeugend dargelegt. Hier soll nun der Versuch gemacht werden, ein Programm, oder wenigstens Richtlinien für die kommende Winterarbeit darzulegen.

Voraussetzung für die Durchführung ist eine Person, ein Vorstand, der imstande ist, mit gesundem Optimismus an die Arbeit zu gehen, und der sich auch durch anfängliche Mißerfolge nicht entmutigen läßt. Solche Mißerfolge werden nirgends ausbleiben. Aber „nur die Ruhe kann es machen“, sagt der Berliner, nicht gleich die Hinte ins Korn werfen. Bei energischer Ausdauer wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Drei Hauptaufgaben müssen gestellt werden:

1. Schulung der Mitglieder,
2. Wahrung des Interesses durch geeignete Veranstaltungen.
3. Werbearbeit.

Die Schulung der Mitglieder ist wohl die wichtigste Aufgabe in gegenwärtiger Zeit. Es ist bekannt, daß in den letzten Jahren nicht die notwendige Zeit hierauf verwendet werden konnte. Das ganze Interesse stellte sich auf die Lohnfrage ein, zudem waren auch die Mittel für eine umfassende Schulungsarbeit nicht aufzubringen. Gott sei Dank, ist es jetzt etwas anders geworden. Auch haben die Gewerkschaften gegen früher ungeahnte Aufgaben übernehmen müssen, die sie von einfachen Lohnmaschinen zu ungeheuer wichtigen Faktoren für die Volkswirtschaft erhoben. Diese Tatsache macht es notwendig, die Mitglieder mit diesen und ihre Bedeutung für den einzelnen und die Gesamtheit, vertraut zu machen. Die Gewerkschaftspressen war bisher das einzige Mittel, um in dieser Form Schulungsarbeit zu leisten. Sie allein genügt aber nicht. Hier muß das Mittel des Bildungskurses durch Vortrag und persönliche Ansprache und praktische Übung helfend eingreifen.

Ein „gewerkschaftlicher Aus- und Fortbildungskursus“ muß die Winterarbeit eröffnen. Einzelnen ist jedes Mitglied. Wichtig aber vor allen Dingen die Teilnahme der Vertrauensleute und Betriebsräte, ebenso selbstverständlich der Vorstandsmitglieder. Zu beachten bei der Aufstellung des Arbeitsplanes für den „Gewerkschaftlichen Fortbildungskursus“ sind einmal noch folgende äußerlichkeiten: Naturgemäß sind die Abendstunden zu wählen. Die Zeit ist aber so festzusetzen, daß jeder Teilnehmer ohne Hast dazu erscheinen kann. Dann pünktlich anfangen und pünktlich aufhören. Es darf nicht einreichen, daß sich die Arbeitsabende bis in die Nacht hinein ausdehnen, die Teilnehmer ermüden und dem Thema nicht folgen können. Man wird sich von vornherein auf eine Dauer von 2½ bis 3 Stunden einrichten müssen — 1 bis 1½ Stunden Vortrag und ebensoviele Ansprache. Als Versammlungsraum weibe man möglichst ein öffentliches Lokal. Schul-

zimmer oder Vereinszimmer ohne Ausschaut sind in jedem Falle vorzuziehen. Vielleicht ist es hier und da möglich, in einer genügend räumlichen Wohnung eines Kollegen zu tagen.

Die Hauptarbeit bereitet die Zusammenstellung der zu behandelnden Themen und die Gewinnung der Vortragenden. Bei der Auswahl der Themen wird immer zu unterscheiden sein, ob es sich um Teilnehmer handelt, die erst ausgebildet, oder um solche, die weiter gebildet werden sollen. Da es sich in der Regel um beide handeln wird, ist es naturgemäß nötig, die Vorträge so einzustellen, daß dem Anfänger die allgemeinen Fragen verständlich werden, aber auch dem Vorgebildeten genügend Anregung bieten. Dieses wird natürlich immer mehr oder weniger dem Geschick des Vortragenden überlassen sein müssen.

Die Gewinnung der Vortragenden wird in den meisten Fällen die größten Schwierigkeiten bieten. Denn es handelt sich hier nicht darum, etwas über das Betriebsrätegesetz oder die Arbeitsgerichte usw. zu erzählen, sondern hier soll den Teilnehmern etwas gelehrt werden, d. h. mitgeteilt werden, was sie zum Nachdenken anregt, und was sie so verarbeiten müssen, daß sie es praktisch verwerten können. Also alles kommt darauf an, daß der Vortragende selber auch wirklich die Materie beherrscht. Hier wird man naturgemäß fast immer auf die freigestellten Kollegen, die sich ja mit all den Dingen dauernd beschäftigen, nicht nur des eigenen, sondern auch anderer Verbände zurückkommen müssen. In den meisten Fällen werden auch diese Kollegen gern bereit sein, einmal einen oder mehrere Abende im Laufe eines Vierteljahres für diese Aufgaben zu opfern. Im Folgenden soll einmal an einem praktischen Beispiel erläutert werden, was in einem Kursus behandelt werden muß, darüber hinaus behandelt werden kann, und welche Kollegen man zur Mitarbeit gewinnen kann. Der folgende Arbeitsplan für den „Gewerkschaftlichen Fortbildungskursus“ der Ortsgruppe Berlin unseres Verbandes stellt nun allerdings das Äußerste dar, was man einem Kollegenkreis in bezug auf Qualität und Quantität vorsehen kann:

Arbeitsplan

des
Gewerkschaftlichen Fortbildungskurses
im Graphischen Zentralverband vom Mittwoch, den
16. September bis 9. Dezember 1925.

1. Gewerkschaftsbewegung.

Referent: Bezirksleiter Erich Klimm.

- a) Allgemeine Einführung.
- b) Begriffliche Gewerkschaften.
- c) Christliche Gewerkschaften und internationale Verbindungen.
- d) Bedeutung der Gewerkschaften für die Zukunft des deutschen Volkes.

2. Der Arbeitsvertrag.

Referent: Paul Thranert, Zentralvorsitzender
des Guttenberg-Bundes.

- a) Begriff, Gegenstand und Form des Arbeitsvertrages.
- b) Räumlicher und sachlicher Geltungsbereich kollektiver Arbeitsverträge.
- c) Rechtsgrundsätze für den kollektiven Arbeitsvertrag.
- d) Die individuelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der kollektiven Arbeitsverträge.

3. Aus der Sozialpolitik.

Referenten: Frl. Johanna Krüger vom Ver-
band weiblicher Handels- und Büroangestellter,
Beisitzerin im Landesarbeitsamt; Frl. Cäcilie
Otten, Sozialstudentin; Kartellsekretär Wol-
fson, Redakteur Bernoth.

- a) Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsnachweismethoden.
- b) Betriebsrätearbeit und Schlichtungswesen.
- c) Gewerbegerichte und geplante Arbeitsgerichte.
- d) Von der Sozialversicherung.

4. Gewerkschaftspraxis.

Referenten: Bernhard Müller, Verbands-
sekretär des Berliner Buchdrucker-Vereins; Kartell-
sekretär Wolfson; Bezirksleiter Klimm; Re-
dakteur Bernoth; Vorsitzender Erwin Preis.

- a) Finanz- und Kassenwesen der Gewerkschaften.
- b) Versammlungspraxis.
- c) Aufgaben und Bedeutung der Kassierer und Vertrauensleute in den Betrieben.
- d) Berbetätigkeiten und Möglichkeiten auf der Arbeitsstelle.
- e) Gewerkschaften und konfessionelle Stände-
vereine.
- f) Presse und Gewerkschaftsbewegung.
- g) Praktische Auswirkung des Buchbinder-
und des Buchdruckerhilfsarbeiter-Tarifses.
- h) Die Schiedsinstanzen in den Tarifverträgen
für das graphische Gewerbe.

Es sind für die einzelnen Kursusgebiete spezielle
Vichtbündelvorträge vorgesehen, deren Teilnahme für
die Kuristen ebenfalls kostenlos ist.

Bedrucktes Material wird den Teilnehmern an
den einzelnen Abenden kostenfrei abgegeben.

Wie oben bemerkt, wird sich nur in den seltensten
Fällen eine derartig umfangreiche Arbeit aufnehmen
lassen. Das ist auch gar nicht einmal notwendig,
für Keulung auf dem gewerkschaftlichen Gebiete auch
durchaus nicht zu empfehlen. Der Arbeitsplan ent-
hält genügend Stoff auch für mehrere Kurse in
längeren oder kürzeren Abständen. Für den Anfang
sollte man höchstens die Dauer von sechs Arbeits-
abenden wählen. Dann wird es sich sicherlich fest-
stellen lassen, ob das nötige Interesse für weitere
Kurse vorhanden ist. Für die Form, in der die
Arbeitsabende stattfinden, mögen die Berliner als
Beispiel dienen.

Für jeden Abend wird ein Vorsitzender und ein
Schriftführer gewählt. (Jedesmal ein anderer.) Das
Protokoll des vorhergehenden Abends wird verlesen.
Der Vortragende hält seinen Vortrag sitzend, um
von vornherein den notwendigen Kontakt mit den
Teilnehmern zu erhalten. Nach dem Vortrag Frage-
stellung und Diskussion, auf die besonders Wert ge-
legt wird. Dann werden noch kurz die Fehler be-
sprochen, die etwa der jeweilige Vorsitzende oder der
Schriftführer und die einzelnen Diskussionsredner in
versammlungsstechnischer Hinsicht gemacht haben.

Die Arbeitsabende sind also interessant aus-
gestaltet. Sie werden nachhaltigen Einfluß auf das
künftige gewerkschaftliche Leben in der Ortsgruppe
ausüben.

Die in dem Kursus gesammelten Erfahrungen und
Betrachtungen sollen sich nun praktisch auswirken.
Das können sie einmal im Betrieb, als Vertrauens-
mann, Betriebsrat usw., zweitens können sie die Mit-
gliedsversammlungen lebendiger gestalten. Drittens
aber sollen und müssen sie sich auswirken in umfassen-
der Werbearbeit.

Der zweite Teil der Winterarbeit muß nun mit
den neugeborenen Gewerkschaftlern in großzügiger
Werbearbeit beginnen. Ein regelrechter Werbefeldzug
muß einsetzen. Neben der Bearbeitung durch Flug-
blätter muß nun die persönliche Bearbeitung der Fern-
stehenden mit aller Energie betrieben werden. Sei es
im Betrieb, sei es durch Hausagitation, immer wird
die persönliche Einwirkung die nachhaltigsten Erfolge
erzielen.

Als dritter Teil der Winterarbeit: Veranstaltungen.
Das heißt nun nicht, großartige Feste veranstalten,
sondern Festlichkeiten im wahren Sinne des Wortes.
Feierstunden für den einzelnen. Wo sich so recht die
Freude echter echter Kollegialität entfalten können.
Ein schlichter Familienabend im engsten Kollegenkreise
wird es oftmals besser können, als große rauschende
Feste. Aber nicht nur Veranstaltungen zur Pflege der
Geselligkeit, sondern die Bildungsmöglichkeiten sind
gerade im Winterhalbjahr ersichtend auszunutzen.
Vichtbündelvorträge, Betriebsbeichtigungen, vielleicht
auch kleine Wettbewerbe werden, richtig angepaßt,
immer einen dankbaren Teilnehmerkreis finden. Es
kann auch einmal ein Uebrigtes für unsere Kolleginnen

getan werden und ihnen durch einen Zuschneide- oder Handarbeitskursus von Fachleuten auf diesem Gebiete nützlich sein vermittelt werden.

Der Winter bietet also für einen rührigen Vorstand vielfache Gelegenheiten, für die Ausbreitung und Vertiefung des christlichen Gewerkschaftsgedankens tätig zu sein. Auf zur Winterarbeit!

Berlin.

Erwin Preis.

Freizeit für die Jugend

Kürzlich tagte in Kassel der Ausschuss der deutschen Jugendverbände. Diese Tagung hat wie keine andere die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine Frage gelenkt, die für die geistliche Fortentwicklung unserer Volkswirtschaft von weitgehender Bedeutung ist. Heute wird der Erwerbstätige meist als der letzte und ausschließliche Sinn des Lebens angesehen. Kein Wunder, daß bei einer solchen Einstellung die Arbeitszeit der Jugendlichen meist nur vom Standpunkte des Erwerbszweckes und nicht unter dem Gesichtswinkel der körperlichen, seelischen und beruflichen Reimderung betrachtet wird. Jeder Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft aber ist eine Sünde wider die Natur, die sich früher oder später rächen wird. Die mittelalterlichen Zunftverbände rationierten in weiser Voraussicht die wöchentliche Arbeitsmenge. Erst der modernen Wirtschaft mit ihrem ins Maßlose gesteigerten Produktions- und Erwerbswillen blieb es vorbehalten, die Arbeit von allen Bedingungen loszulösen, ihre Eigengeißlichkeit bis zum Selbstzweck zu proklamieren und die „Ware“ Arbeitskraft in rücksichtsloser Ausschöpfung zu verbrauchen.

Wenn diese Einstellung, die nur den augenblicklichen Wirtschaftserfolg im Auge behält, und die unheilvollen Rückwirkungen auf die Zukunft gesellschaftlich übersehen, schon den ausgewachsenen Menschen auf das schwerste schädigt, so birgt sie ganz besonders für den unausgereiften Organismus der Jugendlichen Gefahren in sich, die verhängnisvoll sind. Die Frühzeit des Kapitalismus hat dafür erschütternde Beispiele geliefert. Heute ist durch die Aufrüttelung des öffentlichen Bewusstseins, staatliche Einwirkung und gewerkschaftliche Selbsthilfe manches besser geworden; es bleibt daher noch sehr viel zu tun übrig.

Denn auch heute verhindert vielfach eine verkehrte Beschäftigungspolitik die systematische Ausbildung der Jugendlichen. Die Klagen darüber, daß Jugendliche als Lückenbüßer und Lohndrücker verwendet werden, wofür kein Ende nehmen. Massenweise sind bei guter Konjunktur jugendliche Arbeiter, die keine geeignete Lehrstelle finden konnten, als Hilfsarbeiter beschäftigt, um bei Verschlechterung der Geschäftslage zum Mühsalergange mit seiner verrohenden Wirkung wieder verurteilt zu werden oder aber, was noch schlimmer ist, infolge ihrer niedrigen Löhne Familienverdiener aus der Arbeit zu verdrängen. Man mutet ihnen ohne genügende Freizeit Arbeiten zu, denen sie nicht gewachsen sind, die sie aber tun müssen, um nicht entlassen zu werden. So versinken sie bereits in der Zeit der werdenden Reife in das Meer des Proletariats, werden in den unerbittlichen Kampf ums Dasein eingespant, verlieren das Interesse an allen höheren Lebenswerten, die über das Materielle hinaus den Menschen erst zum Menschen machen. Die Klagen über die sittliche Verrohung unserer Jugend werden nicht eher aufhören, bis die Ursachen verknüpft sind, die in einer unstillen und übermäßigen Kräftebeanspruchung der Jugendlichen liegen. Bei der erwerbstätigen Jugend haben nicht die Notwendigkeiten der Wirtschaft in erster Linie ausschlaggebend zu sein, sondern die Fragen organischer Berufsausbildung und darüber hinaus der harmonischen Entwicklungsmöglichkeit aller schulummernden und notwendigen Anlagen und Kräfte. Mehr denn anderswo hat bei der Frage der Beschäftigung Jugendlicher der Eigennutz vor volkswirtschaftlicher Selbstverständlichkeit zurückzutreten. Die Zukunft unseres Vaterlandes ist zu einem großen Teile bedingt durch einen qualitativ hochstehenden gewerblichen Nachwuchs. Darum ist das Problem der Heranbildung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern, wobei wiederum die Freizeit eine wesentliche Rolle spielt, so überaus wichtig. Gerade bei der Generation, die zur Schulentlassung kommt. Sie sind durch die Unterernährung der Kriegsjahre und Nachkriegszeit in ihrer Entwicklung zurückgeblieben. Nach schulärztlichen Untersuchungen im Bezirk Pankow-Berlin waren im Oktober 1921 22 v. H. der schulfähigen Knaben und 25 v. H. der Mädchen nach Größe und Gewicht unternormal. Aus gesundheitlichen Gründen waren nicht berufsfähig 31 v. H. der Knaben und 30 v. H. der Mädchen. Seitdem ist es, wie der Direktor des Jugendamtes der Stadt Berlin mitteilt, noch schlechter geworden. Und der Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin teilt mit, daß die Jugendlichen heute viel leichter hinfällig sind und ein ansehnliches Kontingent zu den Erkrankten der Atmungsorgane wie zu den Entwicklungsfrankheiten stellen. Wenn dem schon so ist, ist es nicht nur eine soziale und menschliche Pflicht, sondern auch eine eminent wirtschaftliche Notwendigkeit, den jugendlichen Erwerbstätigen eine möglichst ausgedehnte Muhezzeit zu gewährleisten.

Und da eine verkehrte und unsoziale Unternehmerpolitik teilweise nicht einmal eine ordnungsmäßige Berufsausbildung gewährleistet, die Jugendfrage in

der Hauptsache oder sogar lediglich vom Standpunkte ihres Eigenvorteils aus beurteilt, wobei dann die Arbeitszeitverbodnung vom Dezember 1923 bequeme Vorschubdienste leistet, so war es eine nationale Notwendigkeit, daß der Ausschuss der deutschen Jugendverbände, der bereits im Jahre 1921 im Zusammenhang mit der vom Reichsarbeitsministerium geplanten Neuregelung des Arbeitsrechtes einen verschärften Jugendzuschuß verlangte, zwei Entschliessungen in diesem Sinne faßte, die einstimmige Annahme und lebhafteste Zustimmung aller sozialinteressierten Kreise fanden. Die erste Entschliessung vom Januar 1925 ersuchte die Reichsregierung, so schnell wie möglich eine Gesetzesvorlage einzubringen, die drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und zwei Wochen bezahlte Ferien für solche zwischen 16 und 18 Jahren gewährt. Die zweite Entschliessung vom April hält den baldigen Erlass eines die Bedürfnisse der Lehrlinge und jugendlichen Arbeitnehmer gebührend berücksichtigenden Arbeitszeitgesetzes für dringend notwendig und sieht die Erfüllung folgender Forderungen als unerlässlich an:

1. Ausdehnung der Schutzbestimmung für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Angestellten auf das Alter von 14 bis zum vollendeten 18. Lebensjahre;
2. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden (einschließlich des Fachunterrichts) und der Zeit, die für die Räumungsarbeiten beansprucht werden könnte);
3. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabendmittag;
4. Festsetzung ausreichender Arbeitspausen;
5. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.

Die öffentliche Tagung des Ausschusses der deutschen Jugendverbände zu Kassel hat die breiteste Öffentlichkeit mit der Lage der erwerbstätigen Jugendlichen vertraut gemacht und das öffentliche Bewußtsein ausgerüttelt. Diese Tagung hat wertvolle Vorarbeit geleistet zu einer gesunden Arbeitsgesetzgebung für jugendliche Arbeitnehmer. Wenn bei den Beratungen die Meinungen der einzelnen Vertreter auch vielfach auseinandergingen, so waren alle doch davon überzeugt, daß den Jugendlichen auf dem Wege der Gesetzgebung geholfen werden muß. Jedenfalls werden die Gewerkschaften diese Forderungen nach Kräften unterstützen.

Das deutsche Theaterwesen

Die Not der Zeit wurzelt nicht zuletzt auch in geistigen Dingen. Die Sattzeit der Vortragszeit und unsere Niederlage im Kampf haben gemeinsam eine Atmosphäre krankhafter Gemüths- und unwürdiger Erwerbssügger geschaffen, die Arbeiter und Angestellte bedrückt und am Atmen hindert. Wir sind weiter als je von volklichem Gemeinschaftsgefühl entfernt. Selbst die weltanschaulichen Gegensätze sind tiefer aufgerissen als kaum zuvor. Wir haben keine deutsche Nation, die nach innen und außen zusammensteht, und wir denken zu wenig an die überzeitlichen Kräfte, ohne die ein Volk nicht sein, noch leben kann und mit denen unsere Vorväter stark und glücklich waren.

Alle Aufbauarbeit, die nicht die Wiederkehr dieser Erkenntnisse und Empfindungen bezweckt, bleibt vergeblich und ist nutzlos. Gemeinschaft, die nach Klassen sichten und sichten will, bedeutet mehr Trennung als Verbrüderung. Eine Auffassung, die zwischen Gebildeten und Nichtgebildeten unterscheidet und die Bildung an der Zahl der Schuljahre und der Berechtigungscheine messen will, hat mit Volkstum nichts zu tun und schadet der Volkshaft. Der Freund des Landes und der mit dem Volk fühlende muß allem die deutsche Seele Verzerrenden, Klüfte Aufreisenden ein eifernes Nein entgegensehen.

Aus diesen Gründen rufen alle, die im Bühnenvolksbund ein umfassendes Kräftelager vollstetiger Gemeinschaft erblicken, auch den Arbeiter mit besonderem Nachdruck zu vereintem Schaffen auf. Die Arbeiterchaft ist heute noch die Schicht der Mühseligen und Beladenen, der Bedrängten und Bedrückten, und es sind Mächte, die deutscher Volkshaft innerlich fernstehen, am Werk, um sie zu willenloser und unfroher Masse hinabzustößen. Wir aber glauben an die gott-gesetzte Gleichberechtigung freibenden Menschentums, wir glauben an den Wert der Einzelseele trotz Geburt, Studium und Erbschaft. Wir beurteilen den Menschen nach dem Grad seines Willens zur Gesamttat, die für uns das Vaterland ist mit allen seinen Gliedern, und deren Werden und Erstarken nur aus den Wurzelfäden christlicher Kultur erwartet werden kann.

Wer kennt nicht den Bühnenvolksbund, die Organisation der christlichen Theaterbewegung, wie sie seit sechs Jahren allenthalben in Land und Reich machtvoll auftritt! Vielleicht ist mancher von uns schon längst Mitglied einer der Theatergemeinden des Bühnenvolksbundes und erkennt ihre Arbeit für die Minderbemittelten dankbar an. Vielleicht ist manchem erst durch den Bühnenvolksbund der Zutritt zu einem guten Theater eröffnet worden, vor dessen Toren er früher vergeblich stand. Vielleicht ist auch manchem erst durch die Aufführungen des Bühnenvolksbundes ein Ahnen von den geistigen Gütern deutscher

Dichtung und Bühnenkunst aufgegangen und die Erkenntnis gekommen, daß früher manches auf sogenannten Schaubühnen zu sehen war, was dem vom Bühnenvolksbund geförderten Geiste zuwiderläuft. Unkünstlerisches, Geschmackloses, Häßliches, Unreines, Dinge, die deutscher Sehnsucht und christlicher Ueberzeugung wertenfern waren, Zeterjuchungen, die in die Niederungen verdorbenen Menschentums hinein führen und sich mit dem Schlechten stumpf oder gar befriedigt abfinden.

Wer zu dem Gemeinschaftsgedanken des Bühnenvolksbundes steht, der lasse sich als Mitglied eintragen. Man mache auch die Vereine aufmerksam auf die christliche Theaterbewegung, damit sie dem Bühnenvolksbund als körperschaftliche Mitglieder beitreten. Auf sozialistischer Seite arbeitet die Volksbühne mit allen Kräften. Wir in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung haben die Verpflichtung, den Bühnenvolksbund zu fördern.

Die Frau in der Gewerkschaft

Viele Kolleginnen werden mir sogleich zustimmen, wenn ich sage: „Das Gewerkschaftliche liegt uns Mädchen nicht, das ist etwas für Männer, die stets draußen im Lebenskampfe stehen müssen.“ Ist das richtig?

Haben wir nicht dieselben Interessen wie unsere männlichen Kollegen? Haben wir nicht die gleichen Arbeitsbedingungen und verfolgen wir nicht die gleichen Ziele? Es wäre ein Unrecht, alles auf die Männer abzuwälzen und interesselos abseits zu stehen. Geradezu beschämend für uns ist es, wenn die männlichen Kollegen bei Lohnverhandlungen oder sonstige unsere Interessen allein vertreten müssen und wir es als eine Selbstverständlichkeit ansehen, da zu ernten, wo wir nicht gesät haben.

Vielfach hört man auch in unseren Reihen die Einwendung, was nützt es mir später, wenn ich organisiert bin, ich heirate ja doch. Gut, wenn du heiratest! Hier muß ich unwillkürlich an unseren Arbeiterinnen denken, der während der Kriegszeit wirklich in Blüte stand. Reges Leben herrschte bis zur Stunde, da die „Sterne“ wieder kamen. Dann war es vorbei. Auch manches junge Mädchen, das erst rechte Freude an allen Berufs- und Arbeiterfragen zeigt, verliert das Interesse, wenn es ein Verhältnis aufknüpft. Muß das so sein?

In den meisten Fällen trifft es doch zu, daß eine Arbeiterin auch von einem Standesgenossen als Lebensgefährtin erwählt wird. Stehst du aber als gewerkschaftlich geschulte Arbeiterin deinem zukünftigen Bräutigam und Ehegatten nicht ganz anders gegenüber? Dann wird es dir nicht schwer fallen, ihm Beraterin und Stütze im wirtschaftlichen Kampfe zu sein. Ebenfalls wird dir später als Mutter und Erzieherin deiner Kinder die gewerkschaftliche Schulung von großem Nutzen sein. Gerade als christliche Arbeiterin wird es dir auch bei der Wahl des zukünftigen nicht gleichgültig sein, welcher Organisation er angehört.

Kolleginnen, ich möchte euch allen zurufen: Bringt unserer Organisation mehr Vertrauen und Interesse entgegen und zahlt freudig und pünktlich die Beiträge. Wir wollen nicht immer murren, wenn nicht sogleich erreicht wird, was wir wohl wünschen und hoffen, sondern lieber mit mithelfen durch fröhliche Mitarbeit als Vertrauensperson, Vorstandsmittglied usw., wenn die Zahlstelle uns auffordert. Und hast du als glückliche Frau es nicht mehr nötig, im Erwerbleben zu stehen, so wirst du doch mit Freunden sagen können: auch ich habe durch meine treue Mitgliedschaft dazu beigetragen, daß es herjungen, die für ihr ganzes Leben auf außerhäuslichen Erwerb angewiesen sind, jetzt besser geht.

Düren Rhk.

Agnes Wirk.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Die Reichsindexziffer. Wiederholt ergingen aus Kollegentreuen Anfragen, was denn eigentlich mit der Veröffentlichung der Reichsindexziffer bezweckt werden soll und ob wir diese Ziffer als wirklichen Maßstab für den Lebensstandard ansehen. Wir haben schon früher erklärt, daß es schier unmöglich ist, das Existenzminimum mathematisch festzustellen. Dasselbe sind die Gewohnheiten, Bedürfnisse und Verhältnisse doch zu verschiedenartig. Schließlich ist das aber auch nicht der eigentliche Zweck der Reichsindexziffer. Sie sollen vielmehr nur als ein Wirtschaftsbarometer gewertet werden, das anzeigt, wenn die Preise für die Existenz fallen oder steigen. Es mag sein, daß die Errechnung der Reichsindexziffern auch nach dieser Richtung nicht immer ganz einwandfrei ist, wobei jedoch zu bedenken bleibt, daß dieser Mangel fast jeder Statistik anhaften wird. — Die Reichsindexziffer (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) betraufte sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Oktober auf 143,5. Gegenüber dem Vormonat (144,9) ist sie um 1 v. H.

zurückgegangen. Seit Februar 1925 zeigen sich folgende Zahlen:

Februar	135,6
März	136,0
April	137,7
Mai	135,5
Juni	138,3
Juli	143,3
August	145,0
September	144,9
Oktober	143,5

Der Wirtschaftsstatistiker Richard Calwer berechnet nach seiner Methode die Kosten allein des Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie (Eltern mit zwei Kindern) für die 44. Woche auf 95,94 Mark.

Die Getreideernte 1925. Die deutsche Getreideernte ist in diesem Jahre wesentlich günstiger ausgefallen als im Vorjahre. Schon die Vorkämpfung der Ernteergebnisse zeigt, daß die Erträge an Brotgetreide erheblich höher sind als in der vorjährigen Ernte: 1924 wurden rund 8,27 Millionen Tonnen und 1925 rund 10,73 Millionen Tonnen Brotgetreide geerntet. Das entspricht einer Steigerung von fast 30 v. H. Eine nähere Betrachtung der Ernteergebnisse zeigt, daß die Erträge aber nicht in allen Fruchtarten des Brotgetreides gleichmäßig gestiegen sind. Die Zunahme entfällt vielmehr allein auf das Wintergetreide und hier wiederum vor allem auf den Winterroggen, von dem allein 1,95 Millionen Tonnen mehr als im Jahre 1924 geerntet wurden. Dieses gute Ergebnis beruht auf einer Vergrößerung der Ernteflächen bei gleichzeitiger Steigerung der Heftarerträge und ist vornehmlich eine Folge der günstigen Witterungsverhältnisse, insbesondere des außerordentlich milden Winters, der diesmal nur sehr geringe Auswinterungen verursachte, ganz im Gegensatz zu dem Winter 1923/24, der durch die langanhaltende starke Kälte erhebliche Auswinterungsverluste brachte. Das Sommergetreide (Roggen und Weizen) hat in diesem Jahre nicht soviel wie im Vorjahre gebracht; die Anbauflächen waren geringer, außerdem aber hat die Sommerfaat unter der langanhaltenden Trockenheit vielfach gelitten. Diese Mindererträge an Sommerroggen und -weizen fallen aber kaum ins Gewicht. Im ganzen ist die diesjährige Brotgetreideernte zumeist höher als im Mittel der Ernten 1920 bis 1924, sie reicht aber noch nicht an die Ergebnisse der letzten Vorkriegsjahre heran, selbst wenn die Gebietsverfeinerung Deutschlands schon in Rechnung gestellt wird. An Futtergetreide weist die diesjährige Ernte infolge der verminderten Anbauflächen und des zum Teil geringeren Heftarertrages eine um 1,7 v. H. kleinere Menge als im Vorjahre auf. So ist insbesondere bei Hafer ein Rückgang von annähernd 170 000 Tonnen festzustellen. Es wurden geerntet in 1000 Doppelzentnern: Winterweizen 1913 = 35 258, 1925 = 26 468; Winterroggen 1913 = 99 853, 1925 = 75 349; Hafer 1913 = 88 155, 1924 = 64 893.

Aus dem Gewerbe

Die Buchbinder-Reichstarife

Bereits vor Monaten haben die Vertragsparteien der Buchbinder-Reichstarife die Allgemeinverbindlichkeit der Verträge bei der Reichsarbeitsverwaltung beantragt. Die Allgemeinverbindlichkeit des Mantelvertrags für das Druckerbuchbinderpersonal ist am 10. September, mit Wirkung ab 1. August 1925, ausgesprochen worden. Einsprüche gegen diesen Tarif waren kaum laut geworden.

Sehr viel schwieriger haben sich die Verhandlungen auf Allgemeinverbindlichkeit für den Api- und VDB-Tarif ausgewachsen. Hier tauchten vor allen Dingen Schwierigkeiten über die Abgrenzung auf, d. h., es war nicht leicht die Rechtsformen zu finden, wonach einwandfrei fest stand, unter welchen der beiden Verträge einzelne Außenleister fallen. Außerdem haben alle Außenleister und Tarifgegner aus dem Arbeitgeberlager bei der Reichsarbeitsverwaltung Protest gegen die beantragte Allgemeinverbindlichkeit eingelegt; mit dem Hinweis, daß weder dem Api- noch VDB-Tarif überwiegende Bedeutung beizumessen sei. Die Reichsarbeitsverwaltung hat durch die einzelnen Länder in Verbindung mit den Gewerbeinspektionen, Ermittlungen über den Umfang der Ausbreitung der Verträge beantragt und verschiedene mündliche Verhandlungen der Vertragsparteien in der Reichsarbeitsverwaltung folgen lassen. Ueber die Einzelheiten der Rationierungen der Protestler beim Einspruchsverfahren wollen wir uns heute nicht auslassen, sondern nur kurz hervorheben, daß der „Reichsverband der Buchbinderereien“ durch die zu erwartende Allgemeinverbindlichkeit seine Sonderbündnisse gefährdet betrachtete und deshalb kein Mittel schaute, um eine Allgemeinverbindlichkeit zu verhüten. Herr Kuche sammelte die Außenleister zum Einspruch und wagte zu behaupten, daß den Buchbinder-Reichstarifen keine überwiegende Bedeutung beizumessen sei. Die Vertreter der Vertragsparteien haben bei den mündlichen Verhandlungen ausgegeben, daß es in einzelnen Bezirken noch Außenleister gibt. Herr Kuche wies auf seine Akten, die eine Unmenge von Protesten enthielten, er lehnte es aber ab, den Gewerkschaften das diesbezügliche Material bekanntzugeben, und er wollte nur in geheimer Form diesbezüglich der Reichs-

arbeitsverwaltung dienen. Wie wir über solche Taktik urteilen, haben wir bereits an maßgebender Stelle ausgesprochen. Wie Einsprüche von einzelnen Firmen sich auszuwachsen, wollen wir nur in Folgendem andeuten: Ein Unternehmer, der einen gemischten Betrieb, mit einer verhältnismäßig geringen Buchbinderabteilung unterhält, ist dem örtlichen allgemeinen Arbeitgeberverband angeschlossen. Der örtliche Arbeitgeberverband ist dem Landesverband angeschlossen, und beide Verbände protestieren in besonderen Eingaben bei dem Sozialministerium, gegen die beantragte Allgemeinverbindlichkeit mit dem Hinweis, daß die Tarife keine überwiegende Bedeutung hätten. So löste sich vor kurzem ein Einspruch dieser Art aus Bayern bei den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden. Die Reichsarbeitsverwaltung hat die Einsprüche nicht abgelehnt, sondern hat die Reichsarbeitsverwaltung neue Ermittlungen an, und die Entscheidung wird dadurch verzögert.

Die letzte mündliche Verhandlung bei der Reichsarbeitsverwaltung in Berlin fand am 28. Oktober statt. Abschließend wurde von dem zuständigen Referenten festgestellt, daß namentlich der Allgemeinverbindlichkeit der Tarife, Api und VDB, nichts mehr im Wege sehe. Die Allgemeinverbindlichkeit der Mantel- und Lohnverträge mit Ausdehnung auf das ganze Reichsgebiet, mit Ausnahme derjenigen Plätze, wo besondere Tarifverträge bestehen, dürfte demnächst ausgesprochen werden.

Als bestehende Tarifverträge im Sinne der Rechtslage gelten nur jene, die mit der Organisation abgeschlossen sind. Sogenannte Haus- und Werkstatentarife, die ein Arbeitgeber mit seinem Personal oder Betriebsrat vereinbart, gelten nicht als rechtlich abgeschlossen.

Nur mit Rücksicht auf die vorgeschilderten Umstände wurde einer Verlängerung des Api-Mantelvertrags von Arbeitnehmerseite bis Ende Februar 1926 zugestimmt. Die geringste Forderung des Mantelvertrages hätte die ganzen bisher geführten Allgemeinverbindlichkeits-Verhandlungen zunichte gemacht.

Da wir in letzter Nummer das Ergebnis der diesbezüglichen Verhandlungen nur sinngemäß beachten, lassen wir nunmehr den genauen Wortlaut folgen:

Vereinbarung

1. Mit Rücksicht auf das zurzeit schwebende Verfahren vor der Reichsarbeitsverwaltung über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des am 31. dieses Monats ablaufenden Reichstarifvertrages vom 27. September 1924 wird dessen Geltungsdauer bis zum 28. Februar 1926 verlängert.
2. Die Parteien haben vorzüglich in Verhandlungen über die zur Abänderung des geltenden Ortsklassenverzeichnisses gestellten Anträge einzutreten. Etwa daraus sich ergebende Abänderungen treten frühestens am 1. März 1926 in Kraft.

Es folgen die Unterschriften sämtlicher Vertragsparteien.

Der Reichstarif für Buchdrucker- und Buchbinder enthält folgende Protokollnotiz:

2. Der § 4 (Lohnspanne) gilt zunächst nur bis zum 30. September 1925. Sollte bis zu diesem Termin über den Fortbestand oder die Abänderung des § 4 keine Einigung zustande gekommen sein, so haben die Tarifparteien das Recht, fristlos vom Abkommen zurückzutreten.

Durch Zwischenverhandlungen wurde der § 4 bis 31. Oktober 1925 verlängert. Einer weiteren Verlängerung wurde von Arbeitnehmerseite nicht mehr zugestimmt.

Verhandlungen über Abänderung des § 4 sind bei dem Deutschen Buchdrucker-Verein beantragt.

Entscheidungen des Tarifamtes (VDB-Affordtarif) vom 20. Oktober 1925

1. Die Falzgerinnen falzen mit der Hand weiter, nachdem mit der Maschine schon zwei Brüche gefalzt worden sind, und verlangen Bezahlung nach Pos. 33 statt nach Pos. 60.

Das Tarifamt entscheidet, daß der vorliegende Schnittmusterbogen, dessen dritter Bruch mit der Hand gefalzt werden muß, nach vorhergehendem Zweibruchmaschinenfalzen nach Pos. 33 zu bezahlen ist. Pos. 60 befaßt, daß Zeitung kein falzen für den Versand zu verstehen ist.

2. Es wird verlangt bei Abschneiden des Fadens über und unter der Gaze der Preis von Pos. 807 und 808, dazu das 1/3fache, im ganzen also das 2/3fache.

Das Tarifamt entscheidet einstimmig, daß, falls Faden oberhalb und unterhalb der Gaze abzuschneiden sind, für diese Arbeit die Presse von Pos. 807 plus 50 Prozent, d. i. das 1/3fache des Grundpreises zu zahlen sind.

3. Es wird verlangt beim Anpacken von Vorsätzen mit aufgestellten Schirtingfäden Bezahlung nach Pos. 842.

Das Tarifamt entscheidet einstimmig, daß das Anpacken von Vorsätzen mit aufgestellten Schirtingfäden nicht mit dem 20prozentigen Zuschlag von Pos. 842 zu belegen ist.

Das Tarifamt stellt einstimmig fest, daß auf den Grundpreis von Pos. 469 bzw. 470 die einzelnen prozentualen Zuschläge zusammenaddiert und auf den jeweiligen Grundpreis zu schlagen sind.

Leipzig, den 20. Oktober 1925.

gez. Arthur Rummel. gez. Karl Hefsch.

Fabrikanten gegen den Handel. Bei den Auseinandersetzungen über den notwendigen Preisabbau ist zu beobachten, wie Produzenten, Groß- und Einzelhändler sich gegenseitig die Schuld für die überhöhten Preise zuschieben. Alle sind sie sich darüber klar, daß der Endpreis, den der Verbraucher zahlt, zu hoch ist. Aber keiner verdient angeblich mehr, als gerade zur Aufrechterhaltung des eigenen Betriebes notwendig ist. Im einzelnen ist es schwer, der Wahrheit der Behauptungen jeder Gruppe nachzuspüren. Nun veröffentlichten die Fabrikanten der Papierindustrie eine Darstellung über die Verteuerung der Papierwaren auf dem Wege von der Produktion zum Verbraucher, die eine ganz ungeheure Spanne zeigt:

Sachpreise	Wert des Spaliers		Anteil des Händlers		Verteuerung des Spaliers	Verteuerung des Endverbraucher
	gehtes	gehtes	Anteil des Händlers	Anteil des Spaliers		
50 Bogen gew. Holzsjr.	125	45	36	178		
Schreibpapier	75	19	25,3	295		
100 Briefumschläge Ganz	12	4,3	35,4	182		
1 Schulschreibheft	15	2,9	19,3	417		
1 Kladder (100 Blatt)	80	21,5	27,9	272		
1 Notizbuch (70 Blatt)	45	8,1	18,0	456		
1 Rolle Toilettenpapier	35	10,3	29,4	240		
1 Paket Toilettenpapier	40	14,5	36,2	176		

Nach ihrer Behauptung ist es der Handel, der dem Verbraucher geradezu wucherische Preise abnimmt. Wenn man nun auch berücksichtigt, daß die Verarbeitung des Papiers bei den einzelnen Artikeln noch einen berechtigten Kostenaufschlag verursacht, bleibt trotzdem die Tatsache, daß nach dieser Darstellung die Unternehmer der einzelnen Wirtschaftsklassen, die auf das fertige Papierprodukt folgen, Verdienste einstecken, die als phantastisch erscheinen. Hier muß vom Reichswirtschaftsministerium verlangt werden, daß schleunigst die preisbildende Kette für Papierwaren untersucht wird und wo Fehlerquellen sichtbar werden, unachgiebig eingeschritten wird. Die oben veröffentlichte Aufstellung gibt dazu doch gewiß den Angriffspunkt.

Die deutsche Fachpresse. Im Jahre 1908 wurden etwa 6041 Fachzeitschriften ermittelt. Diese beachtenswerte Zahl dehnte sich bis zum Jahre 1914 auf etwa 6496 Zeitschriften aus. Wie die „Zeitschrift des Verbandes der Fachpresse Deutschlands“ mitteilt, wurden unter den Einrichtungen der Kriegsverhältnisse etwa 1900 Fachblätter gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen. Ende 1918 waren etwa 4300 Zeitschriften vorhanden. Diese Zahl erhöhte sich bis 1923 beträchtlich, ging dann aber wieder zurück. Im laufenden Jahre (1925) konnten 4790 Fachblätter festgestellt werden. Die Auflagen sind natürlich sehr verschieden. Die Gruppe Land- und Forstwirtschaft umfaßt 446 Zeitschriften, als zweitstärkste Gruppe folgen mit 305 Fachblättern Literatur und Politik. Handel, Verkehr und Seefahrt weisen 295 Zeitschriften auf. Bau-, Ingenieur- und Maschinenwesen bringen es auf 242 Fachblätter. Auch die Medizin und Chirurgie sind mit 238 Fachzeitschriften vertreten. Schulwesen und Jugendpflege weisen 216 und der Sport 202 Fachblätter auf. Es bestehen etwa 101 Moden- und Frauenzeitschriften. Das Buchdruckgewerbe und der Buchhandel verfügen über 64 und die Papier-Industrie über 17 Fachzeitschriften.

Gewerkschafts-Rundschau

Paul Thranert. Der Hauptvorstand des Gutenberg-Bundes (christliche Gewerkschaft deutscher Buchdrucker), wird am 15. November 50 Jahre alt. Kollege Thranert ist in den langen Jahren seiner Wirksamkeit auch in unseren Mitgliedskreisen bekannt geworden. Die Interessen beider graphischen Verbände berühren sich ja auf so manchen Gebieten und der Ernst der Zeit fordert neues Zusammenarbeiten. Für diese Zusammenarbeit hat Kollege Thranert stets Verständnis gezeigt. Seine langjährige gewerkschaftliche Laufbahn gibt davon Zeugnis. Vor dreißig Jahren wurde er Mitglied des Gutenberg-Bundes, im Jahre 1910 übernahm er den Vorsitz in dieser Organisation. Allen Widerständen zum Trotz hat er der viel bekämpften und angefeindeten christlichen Buchdrucker-gewerkschaft die Gleichberechtigung auf christlichem Gebiete, und die Achtung in der Öffentlichkeit verschaffen können. Die Mitglieder des Gutenberg-Bundes stehen in vorbildlicher Treue zu ihrem Führer. Mit ihnen wünschen auch wir dem verdienten Kollegen noch eine lange Wirksamkeit zum Segen des Gutenberg-Bundes und der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

25 Jahre Gewerkschaft der Seimarbeiterinnen. Am 2. Oktober 1925 konnte die christliche Seimarbeiterinnenorganisation auf eine 25jährige Wirksamkeit zurückblicken. Von Berlin aus nahm die Bewegung ihren Fortgang und hat seitdem unter der

rührigen Leitung von Fräulein Dr. Behm unendlich viel für die Besserung der unsagbar traurigen Lage der Heimarbeiter getan. Von Anfang an nahm sich der Verband mit allen Kräften der Lohnfrage an. Er vertrat die durchaus zutreffende Meinung, daß die Lösung der Lohnfrage der beste Heimarbeiter-Schutz sei. Der erste Tarif konnte im Jahre 1905 abgeschlossen werden. Das am 1. April 1912 in Kraft getretene Hansarbeitsgesetz ist mit in erster Linie auf Verreiben des Gewerkschafts zustande gekommen. Wäge der Verband auch im zweiten Vierteljahrhundert ein starker wirtschaftlicher Schutz für die Heimarbeiter sein!

Christliche Gewerkschaften sind notwendig. Die „freien“ Gewerkschaften haben von allem Anfang an insbesondere in Gegenden mit überwiegend christlich gesinnter Arbeiterbevölkerung die Pflicht herausgestellt, sie seien auf religiösem Gebiete neutral und ließen jeden nach seiner Konfession selbst werden. Wichtig hat es die Sozialdemokratie stets verhindert. Selbst das offene Bekenntnis ihres verstorbenen Führers Bebel: „Christentum und Sozialdemokratie stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“ hat es nicht vermocht, die Pflicht der religiösen Neutralität von der Bildfläche hinwegzusetzen. Genau so ergab es der Behauptung von der religiösen Neutralität der „freien“ Gewerkschaften noch bis auf den heutigen Tag. Auch nachdem ihr verlorener Führer Legien klipp und klar auf dem Kölner Gewerkschaftskongress erklärt hatte: „Wir sind antireligiös, weil wir vernünftige Menschen geworden sind; dafür werden wir zwar in der Hölle braten müssen, aber lassen sie uns das doch“, verstumte das Gewerbe von der religiösen Neutralität der „freien“ Gewerkschaften keineswegs. Wenn die Führer der „freien“ Gewerkschaften heute mit ihren Neuperfungen gegen die Religion etwas vorsichtiger geworden sind, so ändert das an ihrer Grundeinstellung gar nichts. Diese Grundeinstellung ist vor wie nach eine rein materialistische, diesseitige, die keine Verantwortung vor dem Herrgott kennt und sich daher auch nicht nach seinen Geboten richtet. Die Grundeinstellung der „freien“ Gewerkschaften ist genau dieselbe wie die der Kommunisten. Nur sind beide über den Weg und die Mittel verschiedener Meinung. Die Grundeinstellung ist ferner dieselbe, wie die der auf dem Boden des Materialismus stehenden rein kapitalistischen Organisationen, die sich ebenfalls nicht nach Gott und seinen Geboten richten. Entscheidend ist lediglich die Macht. Kann man die anderen umgestalt über's Ohr haufen, so geschieht es; kann man das Volk ausbeuten, warum soll man es nicht machen. Wenn darum die christlich gesinnte Arbeiterschaft sich nicht auf dem Boden des Materialismus organisiert hat, so hat sie dafür, abgesehen von religiösen, auch irdische Gründe. In Interesse der ärmeren Bevölkerung liegende Gründe: Friede, Ordnung und brüderlichste Wohlgelegen lassen sich nun einmal nicht mit rein äußeren Machtmitteln herstellen. Dazu gehören vor allem Menschen, die sich ihrer Verantwortung vor unserem Herrgott bewußt sind. Zu ihnen sind selbstverständlich nicht jene Reicher zu zählen, die sich zwar Christen nennen, innerlich aber mit dem Herrgott gebrochen und deren Taten daher mit seinen Geboten auf Kriegsfuß stehen. Wir sind stolz darauf, der christlichen Arbeiterbewegung anzugehören, die gerade für unsere Zeit einen unentbehrlichen Faktor im öffentlichen Leben darstellt. Die Vergangenheit hat es bewiesen und die Zukunft wird es weiter bekräftigen, daß die Grundidee des Christentums allein dauernden Bestand haben, sich ihnen neutral gegenüber zu stellen, hieße in unserer Zeit weder fast noch warm sein, hieße den festen Boden unter den Füßen preisgeben. Die Neutralität der „freien“ Gewerkschaften aber kann uns erst recht nicht imponieren; von ihr wird sich ein überzeugter christlicher Arbeiter niemals betren lassen.

Gewerkschaftssekretäre gehören an die Laternenpfeile. Ein toller Vorgang spielte sich am 30. Oktober in der Zentralaufsichtskommission für das bayerische Sägewerbe ab. Beide Tarifparteien vertraten in sachlicher Weise ihren Standpunkt, bis auf einmal Direktor Klein von der Firma Bohwinkel in Mainz — eine der größten deutschen Holzfirmen — mit folgenden Ausführungen dazwischenfuhr:

„Wenn die deutsche Industrie und vor allen Dingen die Sägenindustrie wieder gefunden soll, dann muß sie von allen Nesseln und Borhdritten befreit werden. Die Revolutionseigenschaften müssen verschwinden, die Industrie muß es in der Hand haben, solange arbeiten zu lassen, wie es die Wirtschaft erfordert und die Betriebe wieder rationell werden. Die unzufriedenen Elemente müssen aus den Betrieben entfernt und durch solche Arbeiter ersetzt werden, die bereit sind zu einem Lohne zu arbeiten, den der Arbeitgeber bezahlen kann. Leute, die die Arbeiter aufheben, gehören an den Laternenpfeil. Die größten Böser, die herumlaufen, sind die Gewerkschaftssekretäre. Wenn von denen mal einige Hundert an die Laternenpfeile gehängt werden, dann wird die Industrie in Ruhe haben vor den Forderungen der Arbeiterschaft.“

Begreiflicherweise setzte nach diesen Ausführungen ein Entrüstungssturm ein, wie ihn die Zentralaufsichtskommission noch nicht erlebt hat. Beschwichtigend meinte Herr Klein dann, er gebe zu, daß es auch einige vernünftige Gewerkschaftssekretäre gibt, mit denen man reden kann, aber der größte Teil gehört an den Laternenpfeil. Darauf nahm er seinen Hut und verschwand. Das war nicht allein den anwesenden Arbeitnehmern, sondern auch den Arbeitgebern zu stark. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes bayerischer Sägewerke, Herr Scheidemantel (München), brachte sein Bedauern über die Ausführungen des Herrn Klein zum Ausdruck. Er versicherte den Arbeitnehmervertretern, daß er und der größte Teil der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes bayerischer Sägewerke sei, hätte er die Erfahrung gemacht, daß die leitenden Gewerkschaftsführer sich stets bemüht hätten, Mittel und Wege der Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu suchen; damit hätten sie dem Wirtschaftsfrieden außerordentlich gedient. Das Auftreten des Herrn Klein zeigt uns, daß es in Deutschland „Wirtschaftsführer“ gibt, die nichts gelernt haben. Niemand hat in der Revolutionszeit, als es um Kopf und Kragen ging, mehr nach dem Gewerkschaftssekretär gerufen als diejenigen, die mit Herrn Klein eines Sinnes sind. Damals waren die Gewerkschaftssekretäre die Gefeierten und Gehörten, weil sie die einzigen waren, die den Mut aufbrachten, beruhigend zu wirken. Wenn damals zahlreiche Leute von der Art des Herrn Klein nicht an den Laternenpfeil kamen, so sollten diese den Gewerkschaftsführern dafür nur dankbar sein. Fühlen sich die Herrschaften Klein und Konjonten eigentlich bereits so sicher, daß sie Wiederholungen von früher nicht befürchten?

Berichte aus unseren Zahlstellen

Berlin. Gewerkschaften sind keine Vergnügungsvereine. Trotzdem pflegen sie die Geselligkeit. Das ist auch notwendig, um den Mitgliedern, zumal in einer riesigen Stadt wie Berlin, einmal außerhalb der Arbeitstunde Gelegenheit zu geben, sich kennen zu lernen. Unserer Ortsgruppe ist dieses wohl auch mit ihrem Winterfest am 21. Oktober glückselig gelungen. Ein rheinisches Winterfest haben wir Berliner gefeiert. Rheinische Fröhlichkeit wollten wir einmal an den Strand der Spree verpflanzen. Das soll nicht etwa bedeuten, daß wir Berliner nicht auch „berlinertisch“ fröhlich sein können O doch! „Bei Saug und schönen Frauen“ (unsere lieben Kolleginnen) haben wir einmal all unsere Sorgen in die Spree verient und häuften uns am schönen Rhein, glücklich und froh. „Weil die Mädchen so lustig und die Burtschen so durschtig“ — darum war es bei unserem Winterfest so schön! Gatten wir uns doch dazu ausgehungen, weber Zeit noch Mühe sparend, etwas nicht alltägliches zu bieten, nämlich ein Festspiel für diesen Abend selbst zu dichten, selbst mit Gesang, Tanz und Reigen einzustudieren, die Kostüme selber zu hauen, die Kostüme zu entwerfen und selbst herzustellen. „Ein Wintertraum, ein Bühnenbild vom deutschen Rhein und deutschen Wein, mit Gesang und Tanz“, von den Kollegen Erwin Kreis und Willi Kersten, fand ein dankbares Publikum; an dem stürmischen Beifall konnten sich „Autoren“ und Darsteller alle Köpfe und Kolleginnen) erfreuen und sich für ihre Mühen entschädigt sehen. Auch der übrige Teil des Abends klappte vorzüglich. Bis zum Morgenrauen erklangen die schönen Weisen vom deutschen Rhein. Nur ungern trennte man sich.

Bonn. Die Zahlstelle Bonn II hielt am 23. Oktober ihre Monatsversammlung ab. Bei dieser Gelegenheit gab Kollege Kerd. Koll, der als Delegierter in Freiburg war, einen ausführlichen Bericht, dem die Versammlungsteilnehmer mit höchlichem Interesse folgten. Der Vorsitzende dankte dem Redner für die lehrreichen Ausführungen. — Zur bevorstehenden Rheinischen Zahlstellenkonferenz in W. Glabbach wird die Zahlstelle zwei Delegierte entsenden. — Angeregt wurde eine Weihnachtsfeier.

Neurobe. Die Zahlstelle Neurobe im Eisenarbitrage hielt am 21. Oktober eine sehr gut besuchte Versammlung im „Hohenzollern“ ab. Kollege Grech (Brieg) gab einen Bericht über die Freiburger Generalversammlung. Mit Begeisterung lauschten wir den Worten des Kollegen Grech, der es verstand, in auszeichneter Weise uns die dortigen Vorgänge zu schildern. Nach einer regen Aussprache schloß die Versammlung. — Die Zahlstelle Neurobe hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits 30 Mitglieder aufgenommen. Durch Mitwirkung eines jeden Mitgliedes, durch freudiges Mitarbeiten aller hoffen wir, ein noch größeres Arbeitsfeld zu erzielen.

Waldenburg (Schlesien). Am 1. November hielt unsere Zahlstelle in den „Drei Rosen“ eine Versammlung ab. Um 13 Uhr eröffnete die Vorsitzende die Versammlung und begrüßte den Kollegen Grech aus Brieg. Dieser berichtete eingehend über

den Verbandstag in Freiburg im Breisgau. Die Versammlung folgte den Ausführungen des Kollegen Grech mit regem Interesse und sprach ihm ihren Dank aus. In der Debatte sprach Kollege Dobschall vom Outenberg-Bund. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach dem Gehörten nunmehr auch in Waldenburg freies Leben in unseren Verband kommen möge. Zum Schluß wurde uns noch mitgeteilt, daß in den nächsten Wochen Kollege Dornbach (Köln) und die Kollegen Sange (Berlin) nach hier kommen werden, um uns belehrende Vorträge zu halten.

Waldbich. Die Waldbicher wollten auch wieder etwas von sich hören lassen. Unsere am 17. Oktober im Gasthaus zum Friedrichsbad abgehaltene Mitgliederversammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Der Vorsitzende, Kollege Moser, eröffnete die Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten. Kollege Wirt (Freiburg) sprach über die Lage. Er erinnerte daran, wie gegenwärtig die Arbeitgeber bemüht sind, die Löhne abzubauen. Die von den Regierungen angeordnete Preissteigerung treten immer noch nicht in die Erscheinung. Zum Schluß forderte der Redner zur unermüdbaren Arbeit für die Organisation auf. Hierauf kam die vorgezeichnete Preiserhöhung zur Aussprache. Es wurde beschlossen, die Beiträge der oberen Klassen ab 1. Oktober zu erhöhen. Weiter wurde die Deutsche Volkbank in Erinnerung gebracht. Zum Schluß konnte der Vorsitzende die schöne und gut besuchte Versammlung mit Worten des herzlichsten Dankes schließen mit der Aufforderung, die nächste Versammlung ebenso gut zu besuchen. Gedankt sei insbesondere dem Kollegen Wirt im Namen der Mitglieder für den lehrreichen Vortrag.

Literatur — Eingänge

Herbers Bücherbote. Eine literarische Zeitschrift „Herbers Bücherbote“ Bekannten und Freunden in seinem Herbstheft 1923 zu. Wie im Vorgesang einer himmelsgelagerten Sonnenscheibe schillert man das Buch auf. Namentlich stellt das Heft eine reiche Schatzkammer dar, die gelehrten wie schlagensichtigen Richtung, und diese manchen die besten Aufschlüsse über die abstraktesten Werke. Der vornehmlichste Gehalt ist hier schon reichlich gebracht. Durch sorgfältig gewählte Zeilenauswahl ist dem „Bücherboten“ außerdem der Charakter einer besonders anziehenden literarischen Zeitschrift aufgedrückt. Herbers Bücherbote erhält man unentgeltlich vom Verlag Herder in Freiburg i. Br. und durch jede Buchhandlung.

Wegweiser durch die Erwerbslosenversicherung. Von Stephan-Berlin-Koeler. Industrieverlag Spatz & Einde, Berlin. Preis im Buchhandel 1 M.

Briefkasten

H. W. in D. Solche Ausführungen ärgern bei uns auch in den Papierkorb. Im Gegenteil sind wir dafür dankbar. Aufmerksam erfolgte mit einigen Änderungen. — Nach Waldbich: Bei der Umarbeitung Ihres Briefes haben wir geschwigt. Beschrift das Papier nur auf einer Seite, sonst müssen wir alles noch einmal abschreiben. Einige Änderungen mußten aus sachlichen Gründen fortfallen. Selbst darum um aber nicht böse. Euren guten Willen erkennen wir dankbar an. — M. in B. In der Kürze liegt zwar die Würze, aber in solcher Form sind die Berichte doch ein wenig zu dürftig. Bessert Euch also!

Graphischer Zentralverband Köln a. Rh.

Geschäftsstelle: Deutzerwall 9, Fernruf: Rheinland 2885
Postleitzahl: Köln 15171

Werknungen vom 3. Vierteljahr gelandt bis zum 7. November: Düren, M. Glabbach, Düsseldorf, Duisburg, Goch, Krefeld, Gütersloh, Hilbeseim, Bigge, Kaiserlautern, Seelbach, Hannover, Glad, Sorau.

Welter landten ein bis zum 7. November: Leipzig, Köln, Seelbach, Donauesching, Bonn 1, Kaiserlautern, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Düren, Krefeld, Bielefeld, Gütersloh, Glad, Sorau, St. Vöiten, Bonn II, Arnsberg, Batmen, Stuttgart, Dresden, Wittenberg, Goch.

Teilzahlung auf das 4. Vierteljahr: Kempten.

Zeilenpreis 10 Pfennig Vorauszahlung erforderlich	Anzeigen	Zahlstellenanzeigen kosten 5 Pfennig die Zeile
--	-----------------	---

Deutsche

Ar.  **Gef.**

zum Arbeit zum Glück

Volkbank

Unserer lieben Kollegin
Kathrinen Koch
nebst Bräutigam
die besten Glückwünsche
zur Vermählung.
Zahlstelle Rheing.

Unserer lieben Kollegin
Brete Schulten
sowie ihrem Bräutigam
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung.
Zahlstelle M. Glabbach.